

**Verwaltungsvorschriften
zum Abschnitt 4 des Berliner Strafvollzugsgesetzes**

Vom 27. September 2017

JustVA III A 3

Telefon 90 13 - 3572 oder 90 13 -0, intern 9 13 - 3572

Aufgrund des § 6 Absatz 2 Buchstabe b AZG wird zu Abschnitt 4, Sozialtherapie und sozialtherapeutische Einrichtungen, § 18 und § 19 des Berliner Strafvollzugsgesetzes vom 4. April 2016 (GVBl. S. 152) bestimmt:

VV zu § 18 StVollzG Bln

1

(1) Voraussetzung für die Unterbringung nach § 18 Absatz 2 und 3 StVollzG Bln ist das Vorliegen einer Therapiebedürftigkeit, einer Therapiefähigkeit sowie der Notwendigkeit für eine stationäre Sozialtherapie. Die Unterbringung in die sozialtherapeutische Abteilung bedarf nicht der Zustimmung der Gefangenen, vielmehr ist ihre Bereitschaft zur Mitarbeit zu wecken und zu fördern.

(2) Die Indikationsstellung für die Unterbringung in die Sozialtherapie erfolgt nach einheitlichen Kriterien durch qualifizierte Fachkräfte – insbesondere durch diagnostisch und prognostisch versierte Psychologinnen und Psychologen.

2

(1) Neben der in § 18 Absatz 5 StVollzG Bln benannten fehlenden behandlerischen Erreichbarkeit können Gefangene aus der sozialtherapeutischen Einrichtung in Teilanstalten oder Bereiche einer Anstalt zurückverlegt werden, wenn

- a) sie sich für eine aktive Mitarbeit an den angebotenen Maßnahmen dauerhaft nicht motivieren lassen,
- b) sie die sozialtherapeutischen Maßnahmen erheblich behindern oder
- c) ihr Verbleib in der sozialtherapeutischen Abteilung eine Gefahr für die dortige Sicherheit oder Ordnung darstellen würde.

(2) § 17 Absatz 3 StVollzG Bln gilt entsprechend; die Gründe für die Rückverlegung sind zu dokumentieren und den Gefangenen mitzuteilen.

3

Für die Gefangenen werden fachliche Aufzeichnungen mit psychotherapeutischen Inhalten und testpsychologischen Untersuchungsergebnissen zum Zweck der Dokumentation und Evaluation des individuellen sozialtherapeutischen Vorgehens angelegt und ausgewertet (Therapieakten). Die Aktenführung obliegt der zuständigen Therapeutin oder dem zuständigen Therapeuten.

4

Gefangene im offenen sozialtherapeutischen Vollzug oder die sich für den offenen sozialtherapeutischen Vollzug eignen, aber aus vollzugsorganisatorischen Gründen in einer geschlossenen Sozialtherapeutischen Einrichtung untergebracht sind, können abweichend von nach Nr. 2 Abs. 5 S. 2 der VV zu § 45 StVollzG Bln auch gemeinsam in Gruppen ausgeführt werden.

5

Gefangene sollen in der Regel Langzeitausgang zur Vorbereitung der Entlassung gemäß § 46 Absatz 3 Satz 2 und 3 StVollzG Bln erhalten, wenn sie sich nach mindestens einjähriger Unterbringung in der Sozialtherapeutischen Einrichtung im Freigang bewährt haben. Langzeitausgang gemäß Satz 1 kann im Einzelfall mit Bewährung in anderen Lockerungsformen als Freigang gewährt werden, wenn Gefangene insbesondere bereits berentet sind oder der Langzeitausgang einer Erprobung eines angestrebten betreuten Wohnens dienen soll.

VV zu § 19 StVollzG Bln

1

(1) Die sozialtherapeutische Einrichtung ist innerhalb der Anstalt organisatorisch, räumlich und personell als unabhängige Einheit einzurichten. Ihre Haft- und Behandlungsräume sind von der Gesamtanstalt klar abzugrenzen.

(2) Die sozialtherapeutische Einrichtung regelt die Diensterteilung und Dienstplanung in eigener Zuständigkeit.

(3) Die sozialtherapeutische Einrichtung erstellt ein Konzept über ihr spezifisches therapeutisches Behandlungsangebot und ihre sozialen Hilfen. Die dafür erforderlichen Rahmenbedingungen werden festgelegt. Das Konzept der sozialtherapeutischen Einrichtung muss sich im Hinblick auf Schnittstellen in die Konzeption der Gesamtanstalt einfügen.

2

Die sozialtherapeutische Einrichtung ist mit einem festen Personalstamm auszustatten. Allen Berufsgruppen sind im Sinne des § 104 Satz 5 StVollzG Bln spezifische Fortbildungen und regelmäßige Supervision zu ermöglichen. Die in der sozialtherapeutischen Einrichtung tätigen Psychologinnen und Psychologen müssen approbiert sein oder sich in einer zur Approbation führenden Therapieausbildung befinden.

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Diese Verwaltungsvorschriften zum Abschnitt 4 des Berliner Strafvollzugsgesetzes - § 18 und § 19 StVollzG Bln - treten am 01. Oktober 2017 in Kraft. Sie treten mit Ablauf des 30. September 2022 außer Kraft.